

Kurt Edler

Extremismus-Prävention in der europäischen Zusammenarbeit

Vor welchen Schwierigkeiten stehen wir angesichts der Krise der Demokratie?¹

Demokratie, sagt Martha C. Nussbaum, braucht Liebe, und - so könnten wir in ihrem Sinne ergänzen - Extremismus basiert immer auf Hass, ganz gleich, mit welcher seiner Spielarten wir es zu tun haben. Eine humane Pädagogik fühlt sich dem Guten verpflichtet, und deshalb ist für sie die Menschenliebe so etwas wie ein Axiom. Aber wirksam werden kann sie nur, wenn sie sich auch mit dem auseinandersetzt, was Kant das „radikale Böse“ genannt hat - mit dem Raubtier in uns allen. Eine aufgeklärte humane Pädagogik kann sich souverän mit jenen „politischen Emotionen“ auseinandersetzen, deren Geschichte die US-amerikanische Rechtsphilosophin in ihrem gleichnamigen Buch durch die Jahrhunderte in den verschiedenen Kulturen verfolgt². Es sind negative Gefühle - wie Angst, Abscheu, Verachtung, Ekel und Hass.

Neu an unserer Zeit ist, dass immer häufiger diese Emotionen, die wir von der Zivilgesellschaft der politischen Ordnungen gebändigt glaubten, aus der Lebenswelt auf die politische Bühne gelangen. Der Extremismus ist in den Regierungen einiger unserer europäischen Partnerstaaten angekommen. Selbst bei der Terrorismusprävention gibt es nicht mehr mit allen Partnern eine Verständigungsgrundlage. Besonders in der Türkei ist der Terrorismusbegriff missbräuchlich zu einem Instrument der Unterdrückung der demokratischen Opposition geworden. Ein Präsident, der sich in Hasstiraden ergeht und in blutrünstigen Phantasien Rache schwört, gehört zu jenen Gestalten der politischen Finsternis, die wir schon überwunden geglaubt hatten. Nicht nur dort, auch in Ländern wie Russland, Ungarn und Polen sind Regierungen und Regierungsparteien dabei, die rechtsstaatliche Ordnung zu beseitigen (Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) und die demokratische Opposition zu unterdrücken (Willkürjustiz, Massenverhaftungen, „Säuberungen“ im Staatsapparat, gezielte Ausschaltung politischer Gegner). Erklärtes Ziel dieser Kräfte ist - wie sie selbst sagen - die Beseitigung der liberalen Demokratie.

Erinnern wir uns an die Grundsätze unserer pädagogischen Arbeit. Unverzichtbarer Kernbestandteil der Extremismusprävention ist die Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung. Dabei dachten wir an lebensweltliche Phänomene, und unsere Rezeptur war eine demokratiepädagogische. Doch inzwischen haben wir mit Exzessen zu tun, die von extremistischen Organisationen betrieben und von staatlichen Stellen toleriert werden. Das erinnert sehr an die 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts und die damals aufkommenden totalitären Bewegungen. Parteien wie Fidesz, PIS, AKP

¹ Um mündliche Zusätze und Repliken ergänzte Fassung eines Kurzvortrags auf der Fachtagung „Förderung von demokratischer Bildung und Toleranz durch internationalen Schulaustausch“ des Pädagogischen Austauschdienstes in Kooperation mit dem Erasmus+ Forum am 15. Mai 2018 in Weimar.

² Martha C. Nussbaum: Politische Emotionen. Berlin (Suhrkamp) 2016.

und andere haben ausgefeilte Strategien der Diskriminierung entwickelt, die sogar so weit gehen, mit persönlichen Feinderklärungen gegen Kritiker und Andersdenkende vorzugehen und ganze Kampagnen gegen Einzelpersonen (Soros) oder demokratische Organisationen zu richten. Dabei werden aggressiv nationalistische Ausgrenzungen auch und besonders gegen ausländische bzw. internationale Organisationen der Zivilgesellschaft betrieben. Ziel dieser Politik ist die Etablierung der Herrschaft einer Partei und die Beseitigung des Parteienpluralismus mit Chancengleichheit im Wahlkampf und bei der Verteilung parlamentarischer Mandate. Verbrämt wird dies mit der Verklärung chauvinistischer Politikvorstellungen in der Form von Hymnen und Gebeten. Und gefeiert wird ein „Hass auf die Moderne“³, der sich konkretisiert in den oben genannten Emotionen: der Angst vor Fremden und vor dem Verlust patriarchaler Vorherrschaft, der Abscheu vor Herkunftsdifferenz, dem Ekel vor Homosexualität.

Wir stehen damit vor der epochalen Frage, ob und wie wir mit pädagogischen bzw. Bildungspartnern aus den Ländern, in denen sich diese Zustände breitmachen, weiter zusammenarbeiten können. Die Antwort darauf lautet: Wir können es, wir sollen es, und wir müssen es.

Wir *können* es, wenn und soweit die Partner in ihrem Tätigkeitsbereich Spielräume nutzen und subjektiv an den Prinzipien und Zielen einer Education for Democratic Citizenship und Menschenrechtsbildung festhalten.

Wir *sollten* es, wenn es die Möglichkeit gibt, unseren Partnerorganisationen als demokratischen Bastionen in der Erziehungsarbeit den Rücken zu stärken.

Und wir *müssen* es sogar, wenn wir im Jugendaustausch dazu beitragen können, dass die jungen Partner Gelegenheit erhalten, die Vorzüge eines demokratischen Verfassungsstaats und einer freiheitlichen Gesellschaft kennenzulernen und sich Methoden der Überwindung autoritärer Herrschaft anzueignen.

Es gibt aber auch Probleme, die unter den Präventionspartnern aus intakten demokratischen Ordnungen zu klären sind. Hierzu gehört vor allem die zivilgesellschaftlich erforderliche Abgrenzung der polizeilichen und der pädagogischen Sphäre. Insbesondere die britischen Programme haben in Fachkreisen viel Stirnrunzeln hervorgeufen, weil sich hier Phänomene einer „Securitisierung“ bemerkbar gemacht haben, die mit den Grundsätzen einer demokratischen Pädagogik kaum vereinbar zu sein scheinen. Es ist kein Zufall, dass die alten Demokratien aus dem historischen Kern der EU zu Zielscheiben des Terrors geworden sind - wer aber hätte geglaubt, dass sie die heiligen Prinzipien liberaler Rechtsstaatlichkeit so leichtherzig aufzugeben bereit sind?

Für die Didaktisierung hinsichtlich gemeinsamer Bildungsveranstaltungen im Austausch heißt das: Stelle die Grundwerte ganz nach vorn und lasse die Beteiligten an ihr jeweiliges System (Schule oder Staat) die Frage richten, wie sie den jeweiligen

³ Samuel Salzborn: Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Ideen im Kontext. Baden-Baden (Nomos) 2015.

Grundwert dort verwirklichen bzw. welche hinderlichen Momente ihnen dabei in die Quere kommen. Sie können dann den Grad der politischen Offenheit selbst bestimmen und ggf. auch am fremden Beispiel lernen. Hilfreich sind auch Phantasie-Konstruktionen idealer Staaten (man denke an Morus' „Utopia“) oder der Griff in die Geschichtskiste: Wie haben es in der Weimarer Republik deren Gegner geschafft, sie zu zerstören?

Dafür brauchen wir vor allem zweierlei: Mut und Ehrlichkeit. Wir wollen Freunde bleiben und vergessen nicht, wie viele Menschen es nicht nur unter unseren pädagogischen Partnern, sondern auch in den Bevölkerungen der *failed democracies* gibt, die auf die Unterstützung ihres Freiheitswillens und ihres Kampfes um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hoffen. Aber Freundschaft ohne Prinzipien ist Heuchelei. Deshalb dürfen wir uns nicht auf einen Weg begeben, die programmatische Basis unseres Jugendaustausches und unserer kollegialen Kontakte mit den betreffenden Ländern auszudünnen und den Kontakt so harmlos zu gestalten, dass er unter der Messlatte der Zensoren durchgeht. Im Sinne der Demokratie ist es vielmehr, die künftige Zusammenarbeit grundrechtsklar auf Ziele auszurichten, die sich aus dem Katalog der Allgemeinen Menschenrechte ableiten lassen.

Das ist die Stunde einer Demokratiepädagogik, die sich als kritische politisch-historische Bildung versteht.

Der Verfasser war von 2009 bis 2018 Länderkoordinator der Kultusministerkonferenz für das Europarats-Programm „Education for Democratic Citizenship and Human Rights“.